Studie

Fortschritte beim E-Government

[19.07.2012] Im Rahmen der Studie E-Government Monitor wurde erneut die Akzeptanz von elektronischen Bürgerdiensten im internationalen Vergleich untersucht. Ein Ergebnis: Die E-Government-Nutzung in Deutschland ist um fünf Prozentpunkte gestiegen.

Beim Ausbau der Akzeptanz von E-Government-Angeboten in Deutschland konnten Fortschritte erzielt werden. Das ist das Ergebnis des E-Government Monitor 2012, einer von der Initiative D21 und ipima, einer Kooperation der TU München und ihrem An-Institut fortiss, initiierten Studie. Während in Ländern wie Schweden (70 Prozent), Österreich (67 Prozent) und Großbritannien (45 Prozent) die Nutzerzahlen weitgehend stagnieren, ist die E-Government-Nutzung in Deutschland um fünf Prozentpunkte auf 45 Prozent gestiegen. Als Haupthemmnis für die Nutzung wurde erneut die mangelnde Durchgängigkeit vieler E-Government-Angebote ausgemacht. Ebenfalls untersucht wurde die Zufriedenheit mit E-Government-Diensten. Hier zeigt die Studie, dass über 60 Prozent der Internet-Nutzer in den befragten Ländern mit den derzeitigen Angeboten zufrieden sind. Dabei sind vor allem die Nutzer in Österreich und der Schweiz mit jeweils über 70 Prozent von den digitalen Diensten überzeugt. Neu in die Studie aufgenommen wurde die Unterscheidung von vier Nutzertypen mit Blick auf E-Partizipationsangebote: Während Digitale Beobachter (31 Prozent) und Digitale Engagierte (15 Prozent) bereits heute in hohem Maße online politischen Interessen nachgehen beziehungsweise sich auch online an politischen Diskursen und Entscheidungen beteiligen, zeigen Prädigitale Interessierte (24 Prozent) noch ein hohes Potenzial, ihre politischen Interessen und Aktivitäten ins Internet zu verlagern. Die vierte Gruppe ist digital unbeteiligt. „Mit dieser Nutzertypologie für E-Partizipation stehen erstmals die Grundlagen zur Verfügung, um Potenziale von Open Government abschätzen, um somit die Angebote besser an den Zielgruppen ausrichten zu können“, erklärt Petra Wolf, Fachbereichsleiterin am An-Institut fortiss und Executive Director von ipima. Insgesamt erfreuen sich Open-Government-Angebote einer stetig wachsenden Bekanntheit und Nutzung. So werden Open-Data-Portale in der Schweiz von 30 Prozent der Bürger genutzt, in Österreich von 23 und in Deutschland von 18 Prozent. Cornelia Rogall-Grothe, Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik und Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, zu den Ergebnissen: „Für Bund, Länder und Kommunen spielt der Ausbau von E-Government-Angeboten eine zentrale Rolle. Für die Akzeptanz dieser Angebote in der deutschen Bevölkerung ist ausschlaggebend, dass sie nicht nur von zu Hause aus, sondern auch mobil einfach und sicher genutzt werden können.“

(cs)

Die Studie zum Download (PDF; 6,8 MB)

Stichwörter: Panorama, E-Government Monitor, Studie, Bürgerservice, Open Government, Open Data, E-Partizipation, Initiative D21, Cornelia Rogall-Grothe